



Die Bestände der Wildkatze haben sich in Deutschland dank erfolgreicher Renaturierungsmaßnahmen erholt. Das gilt für viele andere Tierarten nicht. FOTO: DPA

Um die Pflanzen- und Tierwelt in Deutschland ist es nicht gut bestellt. Die Ergebnisse der bisher umfassendsten „Generalinventur“ sind teils alarmierend. Umweltministerin Hendricks besorgt, dass fast jede dritte Tierart bedroht ist.

Von Georg Ismar (dpa),
Werner Kolhoff, Pascal Becher (SZ)

Berlin/Saarbrücken. Die letzten Sonnenstrahlen des Tages tauchen die grünen Auen in goldgelb, hier an der Blies, mitten im Süden des Saarlandes nahe der französischen Grenze. Aus dem Wald dringen die schrillen Laute eines Steinkauzes. Sie sind noch in hundert Metern Entfernung auf den hügeligen Wiesen zu hören, auf denen huschen gerade einige braun-orangefarbene Skabiosen-Schneckenfalter über wilde Orchideen hinweg. Sie sind auf dem Weg in ihr Nachtquartier. Die Szenerie im Bliesgau erinnert an die Heilwelt-Romantik aus Heimatfilmen der 50er Jahre. Doch das Idyll ist real. Und so könnte es eigentlich überall im Saarland und im Rest der Bundesrepublik aussehen. Doch so ist es nicht. Die Falter und Steinkäuze sind bedroht, genau wie einige Gattungen der wilden Orchideen.

Das zeigt eine „umfassende Inventur der Natur in Deutschland“, die Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gestern in Berlin präsentierte. Sie will das Thema biologische Vielfalt stärker in den Fokus rücken. Hendricks illustriert die Bedeutung am Beispiel der Bienen. Wenn sie nicht wären, gebe es keine Äpfel und Kirschen mehr. „Das sind eigentlich Milliardenwerte, die die fleißigen Bienen für uns erwirtschaften“, mahnt

die Ministerin. Wildkatze und Seeadler haben der Erhebung zufolge in Deutschland etwas gemeinsam. Genauso wie Kiebitz und Uferschnepfe. Bei den ersten beiden haben sich die Bestände erholt. Bei den anderen beiden hingegen setzen sich die deutlichen Verluste fort. Bei 84 Brutvogelarten gibt es insgesamt einen rückläufigen Trend. Und: 29 Prozent der untersuchten rund 195 Tierarten geht es schlecht.

Der Grund für die „Generalinventur“ mit 12 000 Stichproben zu Tier- und Pflanzenvorkom-

Wo sind all die Tiere hin?

Umfassender Bericht über die Natur in Deutschland zeigt: Vielfalt höchst bedroht



men und dem Zustand von 92 Lebensräumen wie Wiesen, Flussauen und Mooren sind zwei EU-Richtlinien, die Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die die Ausweisung von Schutzgebieten für EU-weit bedeutende Arten fordern.

Die Daten wurden in die Ampelfarben Grün (für günstiger Erhaltungszustand), Gelb (unzureichend) und Rot (schlechter Zustand) übersetzt. Die Tabellen zeigen nur bei insgesamt einem Viertel der Arten Grün. 28 Prozent geht es schlecht, 31 so lala. Bei 16 Prozent konnte keine

Feuersalamander sind hierzulande wegen des Rückgangs von Feuchtgebieten immer seltener zu sehen. FOTO: FOTOLIA

Angabe ermittelt werden. Die Ergebnisse unterscheiden sich sehr – je nachdem, in welcher Gegend sie ermittelt wurden. Deutschland ist in drei verschiedene „biogeografische“ Regionen eingeteilt: eine atlantisch geprägte im Nordwesten, etwa nördlich einer Linie Köln – Hannover – Kiel, eine kontinentale, die den großen Rest der Republik ausmacht, und eine alpine. Das ist ein kleiner Streifen in und vor den Alpen. Richtig gut geht es der Natur nur dort. Dieser Lebensraum wird zu 64 Prozent als weitgehend intakt bewertet, nur elf Prozent der Arten haben hier eine schlechte Situation.

Ganz schlecht sieht es hingegen im Nordwesten aus, und das liegt an der intensiven Nutzung der Flächen für die Landwirtschaft, aber auch an der Zerschneidung von Naturräumen durch Verkehrswege und Industriegebiete. Von Nordrhein-Westfalen über Niedersachsen bis Schleswig-Holstein steht die Ampel für 40 Prozent der Arten auf Rot, nur für 20 Prozent auf Grün. Und nur 17 Prozent der Flächen gelten hier als halbwegs intakt. Der große kontinentale Rest Deutschlands – zu dem auch das Saarland gehört – steht etwas besser da.

Besondere Sorge macht bundesweit die Entwicklung des Grünlandes. Immer mehr Wiesen verlieren ihre frühere Blütenpracht und Vielfalt – entweder durch Düngung, um häufiger mähen zu können, oder weil sie

in Ackerland umgewandelt werden. Dann wird dort meistens Mais angebaut. Hendricks sprach sich strikt gegen die Ausweitung der Nutzung von Energiepflanzen aus. Denn durch den Verlust artenreichen Grünlandes verlören zahlreiche Tiere und Pflanzen ihre Lebensräume. Bei vielen Schmetterlingsarten, die dies zu beobachten. Ohnehin gehen jeden Tag 74 Hektar Fläche durch Versiegelung ganz verloren.

Wo es positive Entwicklungen im Vergleich zu 2007 gibt, hat oft eine aktive Naturschutzpolitik nachgeholfen. Der Wolf ist bei den Säugetieren dafür das beste Beispiel. Derzeit gibt es 26 Rudel in Ostdeutschland. Das Potenzial in Deutschland betrage bis zu 440 Rudel, wenn alle in Frage kommenden Lebensräume von den Tieren besiedelt

würden, sagte Hendricks. Allerdings gebe es westlich der Elbe derzeit wahrscheinlich nur einen männlichen Wolf. „Da ist die Vermehrungsgefahr im Moment noch gering“, witzelte die Ministerin. Positiv entwickelten sich auch Fledermausbestände. Kröten und Echsen geht es in der Tendenz schlechter, was auch an fehlenden Flussauen und Feuchtgebieten liegt. Ziemlich gut ist fast überall die Lage der Süßwasserfische in Flüssen und Seen, was von dem verbesserten Zustand der Gewässer zeugt.

● **Ganze Datensammlung unter www.bmub.bund.de/p2976**

Die Feldlerche verschwindet aus dem Land

Im Saarland boomt der Maisanbau. Das ist gut fürs Geschäft, aber schlecht für die Natur, sagt Axel Didion. Was er damit meint, erklärt der Biologe der „Naturlandstiftung Saar“ im Gespräch mit SZ-Redakteur Pascal Becher.

Herr Didion, wie sieht eine typische saarländische Naturlandschaft aus?

Didion: Das ist eigentlich ein Buchenwald, der sich über das ganze Land erstreckt.

Aber wenn ich raus schaue, sehe ich keinen Buchenwald.

Didion: Stimmt. Im Saarland, genau wie in anderen Ländern auch, gibt es solche Naturlandschaften nicht mehr. Stattdessen herrscht die Kulturlandschaft vor. Seit dem Mittelalter wurde der Wald intensiv gerodet, um Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. Aber trotzdem ist das Saarland noch das dritt-waldreichste Bundesland.

Beschreiben Sie bitte eine typische saarländische Kulturlandschaft.

Didion: Da wechseln sich Wälder, Wiesen, Weiden, Siedlungen und Industriegebiete ab. Etwa 30 Prozent der Fläche ist Wald, 50 Prozent wird von Landwirtschaft genutzt und der Rest ist bebaut Land.

Welche Folgen hatte der Wandel von der Natur- zur Kulturlandschaft für die Artenvielfalt?

Didion: Das klingt kurios, aber im Saarland gibt es dank Kulturlandschaften mehr Tiere. Durch Buchenwälder mit dichtem Kronenabschluss dringt zu wenig Licht auf den Boden, den viele Pflanzen- und Tierarten brauchen. Heute leben hierzulande über 150 Brutvogelarten – beispielsweise Amseln, Buchfinken und Feldlerchen.

Doch sind gerade Feldlerchen stark bedroht. Warum?

Didion: Das liegt an der intensiven Landwirtschaft. Unter anderem am verstärkten Maisanbau. Im Saarland hat dieser in fünf Jahren um 40 Prozent zugelegt. Aus Mais wird ja Biogas gewonnen. Das Problem ist: Diese Felder sind Monokulturen, die intensiv gedüngt und gespritzt werden. Feldlerchen finden so kaum Nahrung und Brutplätze. Geht das so weiter, werden sie im Saarland nicht mehr heimisch sein. Und die Feldlerche ereilt so womöglich dasselbe Schicksal wie viele andere Vögel in Europa. Allein in den vergangenen 30 Jahren sind bereits über 30 Millionen Vögel verschwunden.



Axel Didion



Barbara Hendricks

„Wir müssen lernen, mit dem Wolf zu leben.“

Umweltministerin Barbara Hendricks

Armutszuwanderung angeblich „überschaubar und beherrschbar“

Bundesregierung will dennoch schärfer gegen Sozialmissbrauch durch EU-Zuwanderer vorgehen – In manchen Städten ist der soziale Frieden in Gefahr

Drei Monate nach einer erhitzten Debatte um Armutszuwanderung kommt Berlin in einem Bericht zu dem Schluss, dass das Problem so gravierend nicht ist. Das Sozialsystem werde durch Südosteuropäer nicht massenhaft ausgenutzt. Trotzdem dürfe man vor großen Schwierigkeiten in einzelnen Städten nicht die Augen verschließen. SZ-Korrespondent Hagen Strauß beantwortet die zentralen Fragen.

Berlin. „Wer betrügt, der fliegt“, lautete die Kampagne der CSU vor der Bundestagswahl. Gibt es den massenhaften Missbrauch der deutschen Sozialsysteme durch Armutszuwanderer aus Rumänien und Bulgarien tatsächlich, wie die Bayern suggeriert haben? In Berlin stellten gestern Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Arbeits-

ministerin Andrea Nahles (SPD) den Zwischenbericht des von der Regierung dazu eingesetzten Staatssekretärsausschusses vor. Fazit: Die Zahl der Zuwanderer aus beiden EU-Ländern und die damit verbundenen Probleme seien „bundesweit überschaubar, bundesweit beherrschbar“, so de Maizière. Er ergänzte: „Aber regional besorgniserregend.“ Deswegen will die Regierung gegensteuern.

Welche konkreten Probleme haben die Städte?

Kommunen wie Offenbach, Duisburg oder Dortmund berichten von massiver Überforderung ihrer ohnehin klammen Haushalte durch Zuwanderung in die Sozialsysteme. In ganzen Stadtteilen sei der soziale Frieden gefährdet durch gering qualifizierte Zu-

wanderer, die keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Arbeitsministerin Nahles kündigte für die Städte Hilfen an: 200 Millionen Euro in den nächsten sieben Jahren. Die Mittel sollen zu einem großen Teil aus dem Europäischen Sozialfonds fließen. Mit dem Geld sollen Häuser saniert oder das Wohnumfeld und das Quartiermanagement verbessert werden.

Warum kommen vor allem Rumänen und Bulgaren nach Deutschland?

Seit dem 1. Januar 2014 haben auch sie freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Laut dem Bericht wanderten im vergange-

nen Jahr bundesweit 75 000 Bulgaren und Rumänen ein. De Maizière rechnet in diesem Jahr mit einer Verdopplung. Begründet wird dies mit dem erheblichen Wohlstandsgefälle in der Europäischen Union. Aber längst nicht alle kommen wegen der Sozialleistungen. Deutschland sei attraktiv wegen seines robusten Arbeitsmarktes. Mehrheitlich handele es sich um hoch qualifizierte Menschen.

75 000

Bulgaren und Rumänen wanderten im vergangenen Jahr nach Deutschland ein.

Quelle: Regierung

Wie viele Zuwanderer erhalten Kindergeld?

Auf Kindergeld haben EU-Ausländer auch dann Anspruch, wenn sie in Deutschland ihren Wohnsitz, aber keine Arbeit ha-

ben – unabhängig davon, wo die Kinder leben. Mit Stand Dezember 2013 wurde für 24 736 bulgarische und 35 719 rumänische Kinder die Leistung bezahlt. Davon lebten laut Bericht knapp 1000 bulgarische und knapp 3400 rumänische Kinder außerhalb Deutschlands. Bei EU-Bürgern aus Staaten wie Polen oder den Niederlanden ist dieser Anteil weitaus höher.

Was ist mit Hartz IV?

Im Juli 2013 bezogen rund 40 000 Rumänen und Bulgaren Hartz IV, was nach Auskunft von de Maizière nur einen Anteil von 0,7 Prozent an der Gesamtzahl der Bezieher ausmacht. Es gebe aber hohe Steigerungsraten durch Anmeldung eines Gewerbes und anschließender Scheinselbstständigkeit.

Wie soll Missbrauch eingedämmt werden?

Es soll unter anderem Wiedereinreise-Sperren für Sozialhilfebetrüger geben. Darüber hinaus sind Änderungen bei Kindergeldanträgen geplant, um Doppelzahlungen zu verhindern. Außerdem sollen die Gewerbeämter verpflichtet werden, Anträge zu überprüfen, um Scheinselbstständigkeit aufzudecken. Die Minister de Maizière und Nahles betonten zudem, dass sie entschieden gegen die Ausbeutung von Zuwanderern durch deutsche Firmen vorgehen wollen. Arbeitskräfte müssten in Zukunft wieder ihre Personalpapiere bei sich führen.

PRODUKTION DIESER SEITE:
IRIS NEU, ROBBY LORENZ
PASCAL BECHER, THOMAS SCHÄFER